



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Sozialversicherungen BSV**

# **P1: Die Folgen der digitalen Revolution für die Sozialversicherungen**

Dr. Bruno Parnisari  
Vizedirektor, Bundesamt für Sozialversicherungen



# Inhalt

1. Digitalisierung: (eine) Definition und Kontext
2. Soziale Sicherheit: Umverteilungspolitik und Institutionen
3. Digitalisierung, Chancen und Risiken
4. Schlussfolgerungen + was gibt es zu tun?



# eine Definition...

## **Digitalisierung**

- Mehr Vernetzung
- Künstliche Intelligenz (KI)
- Big Data



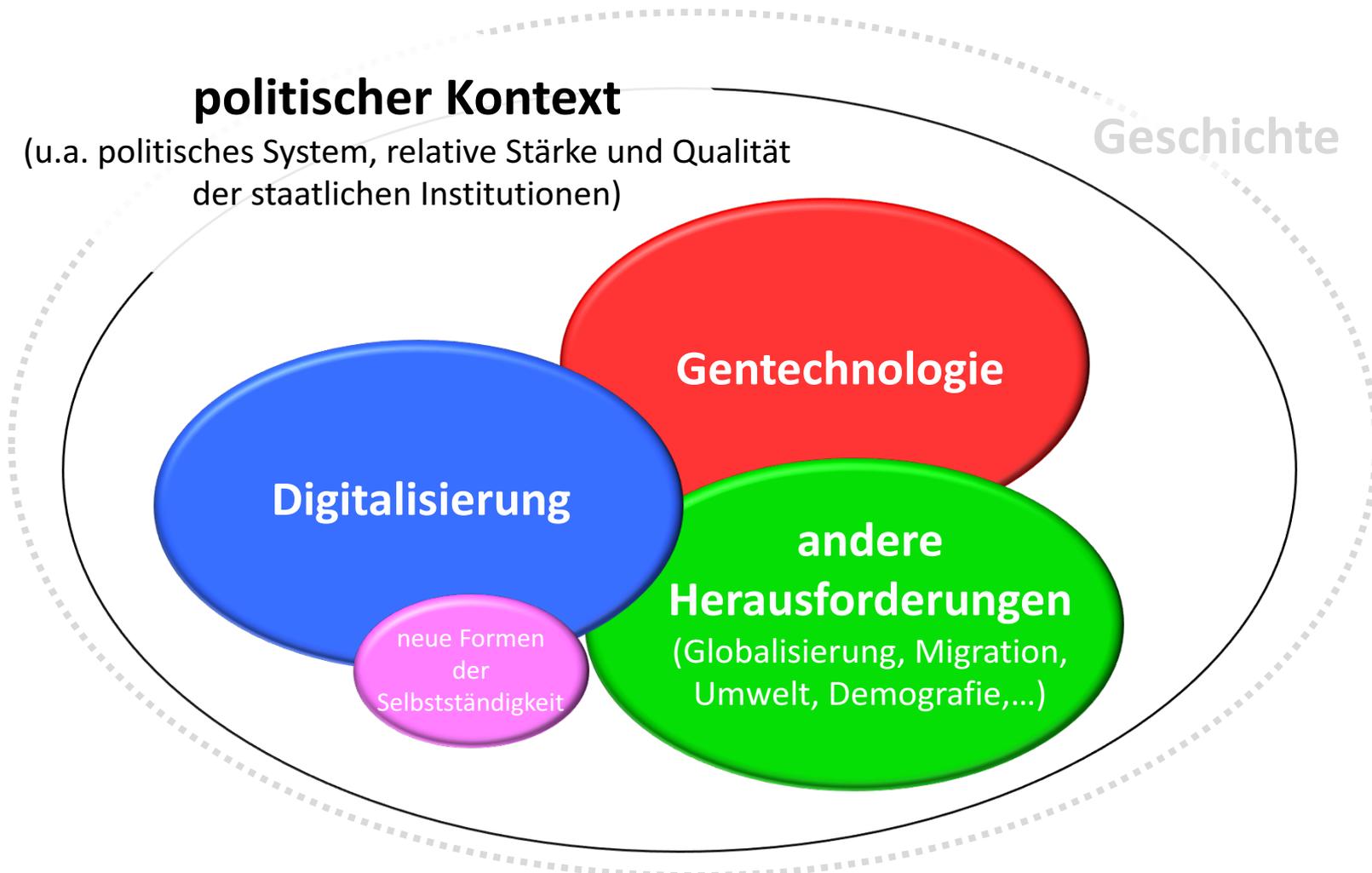
# eine Definition...

## **Digitalisierung**

- neue Geschäftsprozesse
- neue Geschäftsmodelle
- neue oder zusätzliche gesellschaftliche Herausforderungen  
(neue Arbeitsmodelle)



# Digitalisierung interagiert mit anderen Entwicklungen... in *einem bestimmten Rahmen*





# Soziale Sicherheit - eine lange Reise (I)

## Gesetze wurden nicht von Heute auf Morgen entwickelt...

**1848-1890:** im Verlauf des 19. Jahrhunderts

entstehen neue Formen der Armut und soziale Notlagen

**1850-1890:** Wer arm wird und dennoch als arbeitsfähig gilt, wird stigmatisiert und ausgegrenzt

**1877:** Innovativer Arbeiterschutz: 11-Studenten und Verbot der Kinderarbeit

**1890:** Tausend Hilfskassen in der Schweiz (bescheidene Absicherung gegen Unfall und Krankheit)

**1883/1884/1889:** die moderne Sozialversicherung entsteht im Deutschen Reich (Bismarcks Sozialstaatsgesetze)

**1890:** Verfassungsgrundlage für die Kranken- und Unfallversicherung

**1890-1947:** erste Schritte auf dem Weg zum Sozialstaat (ambitiöse Pläne, bescheidene Ergebnisse)

Um **1900:** Modernisierung der städtischen Fürsorge; Umbau der Armenpflege zur modernen Sozialhilfe

**1900:** Scheitern des ersten Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes

Um **1900:** Gründung des internationalen Arbeitsamts in Basel (der Arbeiterschutz wird zu einem internationalen Thema)

**1902:** Einführung der Militärversicherung: die Soldaten (erste Bevölkerungsgruppe mit einer Sozialversicherung)

**1912:** Annahme des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes und Gründung der Suva (tätig ab 1918)

**1913:** Gründung des Bundesamts für Sozialversicherung (Vorbereitung des Ausbaus des Sozialstaats)

**1914-1918:** Massenarmut und Nothilfe im Ersten Weltkrieg, Fehlende Sicherheitsnetze verschärfen die sozialen Konflikte

**1916-1924:** Anstieg der Zahl der Pensionskassen in der Zwischenkriegszeit, Hinter den Kulissen der AHV-Debatten

**1919:** Gründung der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) und Washingtoner Konferenz: Soziale Sicherheit als Beitrag zur internationalen Friedensordnung

**1924:** Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung (nur 10% der Erwerbstätigen sind überhaupt versichert; daran ändert auch das Bundesgesetz von 1924 wenig)

**1925:** Verfassungsartikel für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, der Grundstein für die AHV wird gelegt; der Souverän stimmt einem Verfassungsartikel zu, der dem Bund erlaubt, eine AHV auszuarbeiten

**1931:** Niederlage des ersten AHV-Gesetzes, Lex Schulthess scheitert an der Urne (zu zentralistisch, zu etatistisch)

**1932-1937:** Weltwirtschaftskrise, soziale Notlagen, Ausbau der Fürsorge (vor allem in den Städten)

**1935:** USA Social Security Act: Staatliche Grundsicherung unter liberalen Vorzeichen (amerikanisches Modell; bescheidene Altersversicherung und Raum für private Formen der Vorsorge)

**1939-1945:** weiterer Ausbau der sozialen Sicherheit (Lohn- und Verdienstersatzordnung werden eingeführt; Einkommenssicherheit für die Soldaten im Aktivdienst)



# Soziale Sicherheit - eine lange Reise (II)

**1942:** Vereinigtes Königreich: Beveridge-Report: Skizze eines Modells einer staatlichen Vorsorge, die alle Risiken abdeckt

**1945:** Annahme des Familienschutzartikels, Familienpolitische Anliegen finden während des Zweiten Weltkriegs breite Unterstützung, der Familienschutzartikel sieht die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung und von Familienzulagen vor

**1947:** Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV, Bundesrat Stampfli kündigt die rasche Gründung einer staatlichen Altersvorsorge an, drei Jahre später, am 6. Juli 1947, nimmt das Stimmvolk das AHV-Gesetz an; Anfang 1948 werden die ersten Renten ausbezahlt

**1948-1990:** Ausbau und Konsolidierung des Sozialstaats, trotz neuer Sozialversicherungen bleiben die Leistungen (Schweiz) im internationalen Vergleich lange bescheiden

**1949:** Blockierter Ausbau der Krankenversicherung (Ablehnung der Revision des Tuberkulosegesetzes)

**1950-1975:** Sozialversicherung und Arbeitsmigration, 1950 zählte man in der Schweiz 285.000, zwanzig Jahre später 1.080.000 ausländische Staatsangehörige (6.1 respektive 17.2 Prozent der Wohnbevölkerung), die Schweiz schliesst mit zahlreichen Staaten Sozialversicherungsabkommen ab, die den Bezug von Leistungen im Ausland regeln

**1952:** IAO-Konvention über Mindestnormen der Sozialen Sicherheit, die Schweiz ratifiziert das Abkommen in 1977

**1957:** Ausbau der Sozialen Sicherheit im europäischen Umfeld (Adenauers Rentenreform in Deutschland)

**1959:** Einführung der Invalidenversicherung, Obwohl bescheiden ausgestattet, schliesst sie eine wichtige Lücke im System der Sozialen Sicherheit und verschreibt sich einem innovativen Grundsatz: "Eingliederung vor Rente«...

**1960-1975:** Vom Armenwesen zur modernen Sozialhilfe, viele Kantone reformieren die Sozialhilfe, die Devise heisst nun Hilfe zur Selbsthilfe; die Vorbilder für die Neuerungen, etwa das Social Case Work, stammen vor allem aus den USA

**1964:** Teilrevision des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes (Krankenversicherung als Spielball der Verbandsinteressen)

**1965:** Einführung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, Auf dem Weg zur Existenzsicherung in der Altersvorsorge, die AHV- und IV-Renten liegen um 1960 deutlich unter dem Existenzminimum; viele Rentnerinnen und Rentner leiden weiterhin unter Armut, für sie werden 1965 Ergänzungsleistungen eingeführt

**1972:** Verankerung der Drei-Säulen-Doktrin in der Bundesverfassung

**1974:** Reformblockade in der Krankenversicherung (Kostensteigerungen, fehlendes Obligatorium, ungelöste Finanzierung)

**1974/1975:** Ende des Wirtschaftsbooms: vom Ausbau zur Konsolidierung; mit der Rezession von 1974/75 geht eine fast dreissigjährige Phase des Wirtschaftsbooms zu Ende; als Folge breitet sich ein allgemeines Krisenbewusstsein aus; als Massnahme zur Krisenbekämpfung wird 1976 eine gesamtschweizerisch obligatorische Arbeitslosenversicherung eingeführt; Debatten über Sparmassnahmen bei den Sozialversicherungen beginnen



# Soziale Sicherheit - eine lange Reise (III)

**1975:** Einführung des Wohnsitzprinzips in der Sozialhilfe (bis in die 1970er-Jahre können verarmte Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wohnort weggewiesen und an ihre Heimatgemeinde überstellt werden. 1975 wird dieses Relikt endgültig abgeschafft; alle Verarmten kommen nun in den Genuss der vollen Niederlassungsfreiheit)

**1976:** Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung; die Umsetzung zieht sich allerdings in die Länge; erst 1984 tritt eine definitive Lösung in Kraft

**1979:** Anpassung der AHV-Renten an die Lohn- und Preisentwicklung, Einführung indexierter AHV-Renten, die hohe Inflation mindert den Wert der AHV-Renten und zwingt die Politik, die Rentenhöhe in unregelmässigen Abständen anzupassen. Die 9. AHV-Revision schafft 1979 ein neues System. Die Renten werden nun jedes Jahr automatisch der Lohn- und Preisentwicklung angepasst.

**1984:** Erweiterter Versicherungsschutz in der obligatorischen Unfallversicherung, die sozialstaatliche Unfallversicherung wird erstmals revidiert; der Versicherungsschutz gilt nun für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; zudem erhält die Suva Konkurrenten auf dem Versicherungsmarkt; private Versicherer können ebenfalls in der obligatorischen Unfallversicherung tätig sein

**1985:** Erweiterung der beruflichen Vorsorge und Umsetzung der 3-Säulen-Doktrin, Umsetzung mit Hürden: Obligatorium in der beruflichen Vorsorge, 1972 wird in der Verfassung das Drei-Säulen-Prinzip der Altersvorsorge verankert und die berufliche Vorsorge für obligatorisch erklärt. Umgesetzt wird der Artikel erst 1985.

**1987:** Reformblockade in der Krankenversicherung II, Nach der gescheiterten Krankenversicherungsreform von 1974 nehmen Bundesrat und Parlament in den 1980er-Jahren einen neuen Anlauf, den Anstieg der Gesundheitskosten zu bremsen. Die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes wird jedoch in der Volksabstimmung von 1987 deutlich abgelehnt

**1990-2010:** Auf dem Weg zur Gegenwart, Strategiedebatten und politische Blockaden, Sparmassnahmen und moderate Ausbauschritte - die Entwicklung der Sozialen Sicherheit ist seit 1990 zunehmend umstritten, trotz wachsender Kritik werden wichtige Neuerungen geschaffen: etwa das Obligatorium in der Krankenversicherung, die Mutterschaftsversicherung oder die Harmonisierung der Familienzulagen.

**1990-2000:** Wachsende Sozialstaatskritik in der Konjunkturflaute, Sozialstaatsdebatten seit den 1990er-Jahren: Deregulierung, Ökonomisierung, Umbau

**1994:** Totalrevision des Krankenversicherungsgesetzes; Obligatorium, Leistungsausbau und Kostenbewusstsein, Prämienvereinheitlichung, erweiterter Leistungskatalog und kostendämpfende Massnahmen

**1995-2009:** Reintegration durch Aktivierung: Reformen in der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung, Sparmassnahmen und verstärkte Selbstverantwortung



# Soziale Sicherheit - eine lange Reise (IV)

**1999:** Erneutes Scheitern der Mutterschaftsversicherung, trotz Verfassungsauftrag scheitert 1999 auch der dritte Versuch, eine Mutterschaftsversicherung einzuführen. Die Romandie stimmte der Vorlage zwar deutlich zu, die Deutschschweiz lehnte sie jedoch ebenso klar ab

**2004:** Einführung der Mutterschaftsentschädigung; die Mutterschaftsentschädigung wird neu im Rahmen der militärischen Erwerbsersatzordnung finanziert

**2006:** Harmonisierung der Familienzulagen, je nach Kanton und Branche sind die Familienzulagen unterschiedlich hoch; lange Zeit fehlte jegliche Koordination; erst das Familienzulagengesetz von 2006 bringt eine Vereinheitlichung; neu werden Mindestsätze pro Kind festgelegt.

Quelle: <http://www.geschichtedersozialensicherheit.ch/home/>



# Zehn Sozialversicherungszweige und die kantonal geregelte Sozialhilfe sind «Institutionen»

« By definition, institutions are persistent patterns of behavior that are created in response to the needs of a particular historical moment. But societies, especially those experiencing rapid economic growth, do not stand still. They create new social classes, educate their citizens, and employ new technologies that shuffle the social deck. Existing institutions often fail to accommodate these new actors and, as a result, come under pressure to change ».

Francis Fukuyama, 2014, Political Order and Political Decay  
(Politische Ordnung und Politischer Verfall)



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik





# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist auch ein «Geschäft»  
(Geschäftsprozesse, Geschäftsmodelle)





# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist auch ein «Geschäft»  
(Geschäftsprozesse, Geschäftsmodelle)

Beispiel: SNAP-EESSI

« die für den grenzüberschreitenden Datenaustausch verwendeten Papierformulare werden durch einen elektronischen Datenaustausch abgelöst »





# Digitalisierung und soziale Sicherheit

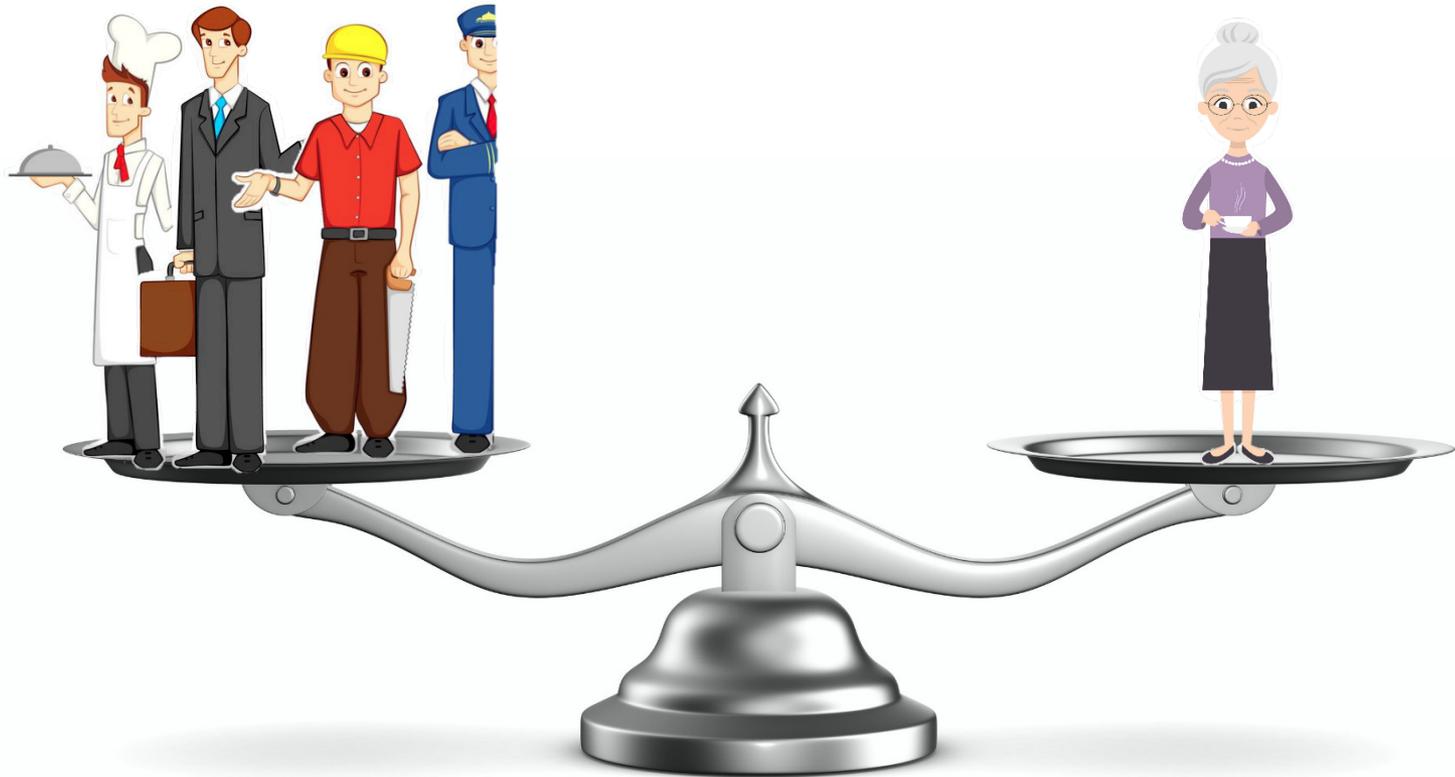
## Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik

<i>Beispiele (2016)</i>	<b>AHV</b>	<b>IV</b>
<b>Einnahmen</b>	100%	100%
Beiträge Versicherte und Arbeitgeber	72%	52%
Beiträge öffentliche Hand (Bund, MWST, ...)	25%	47%
Kapitalertrag, Kapitalwertänderung	3%	1%
<b>Ausgaben</b>	100%	100%
Geldleistungen, Sachleistungen, Kollektive Leistungen, Verwaltungs- und Durchführungskosten	...	...



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik

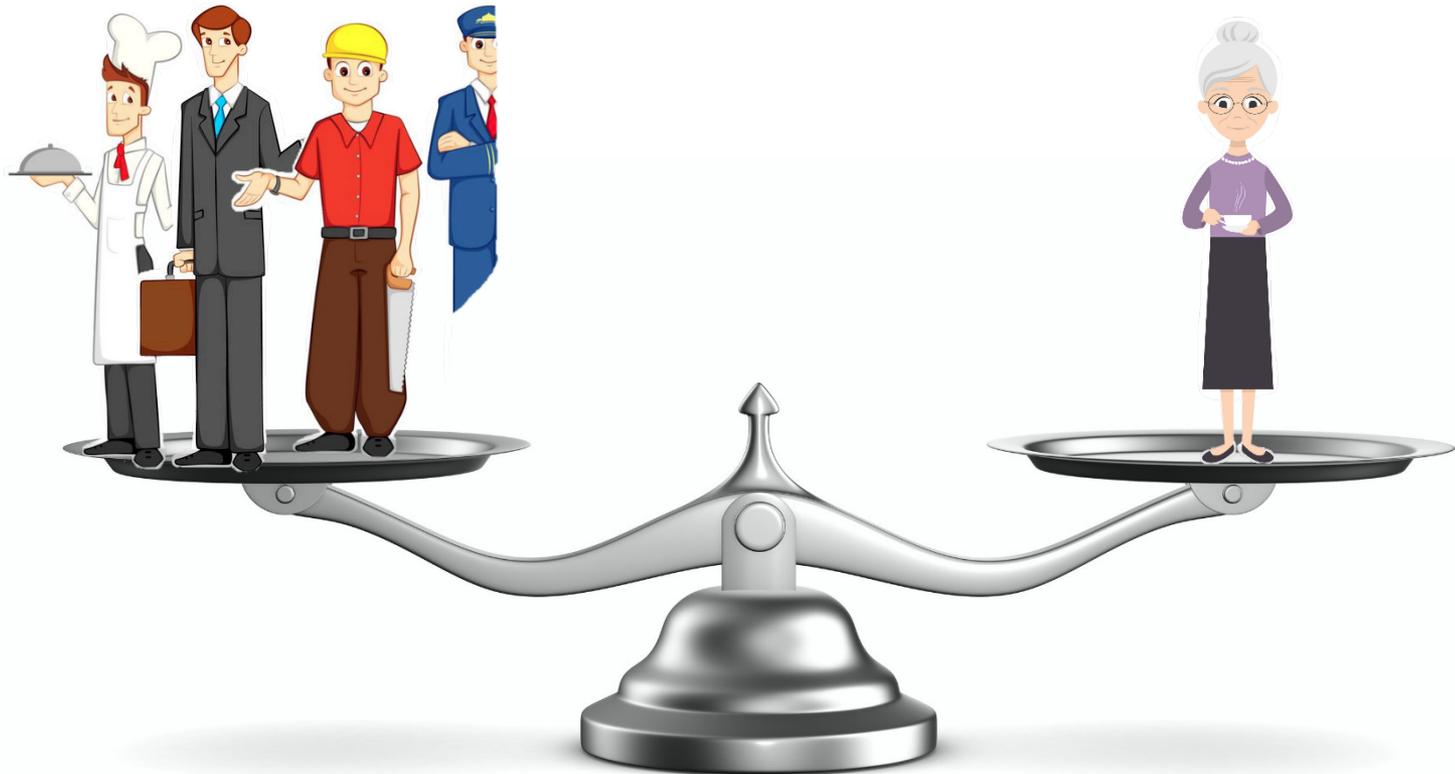


1991: 3,6 Aktive für 1 Rentner/in



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik

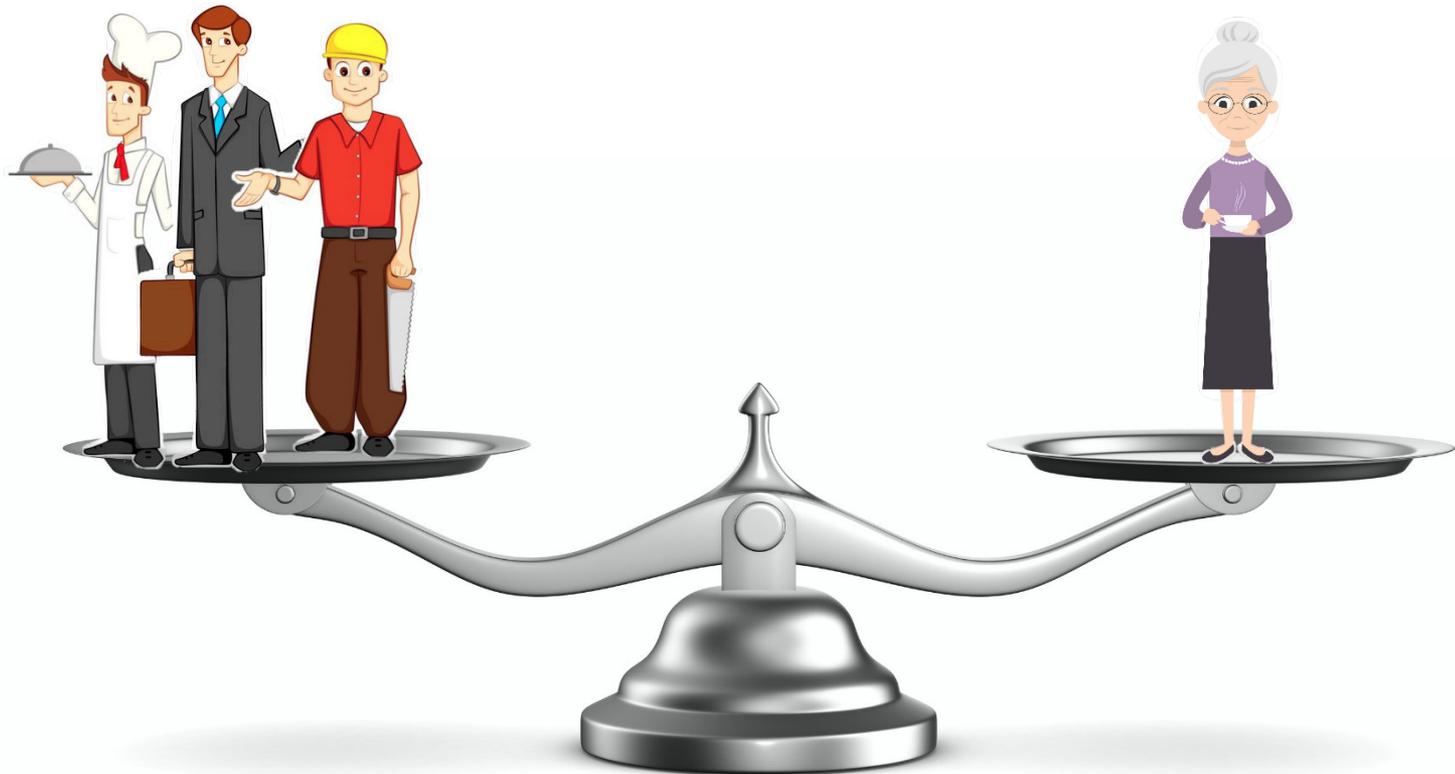


2000: 3,3 Aktive für 1 Rentner/in



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik

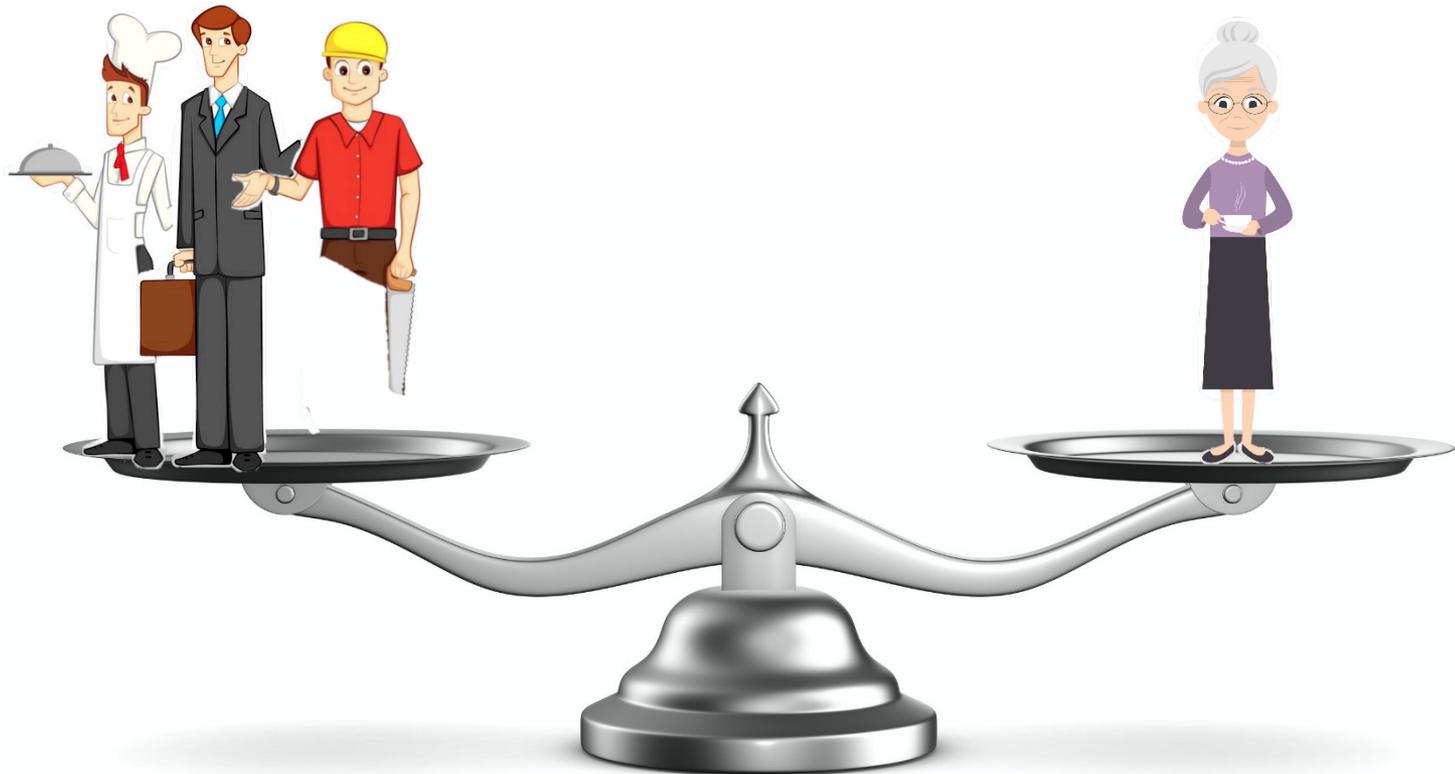


2015: 3 Aktive für 1 Rentner/in



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik



2025: 2.6 Aktive für 1 Rentner/in



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik



2035: 2 Aktive für 1 Rentner/in



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Sozialpolitik ist Umverteilungspolitik



2050: 1 Roboter für 1 Rentner/in ?



# Digitalisierung und soziale Sicherheit

## Sozialpolitik: neue Dienstleistungen?





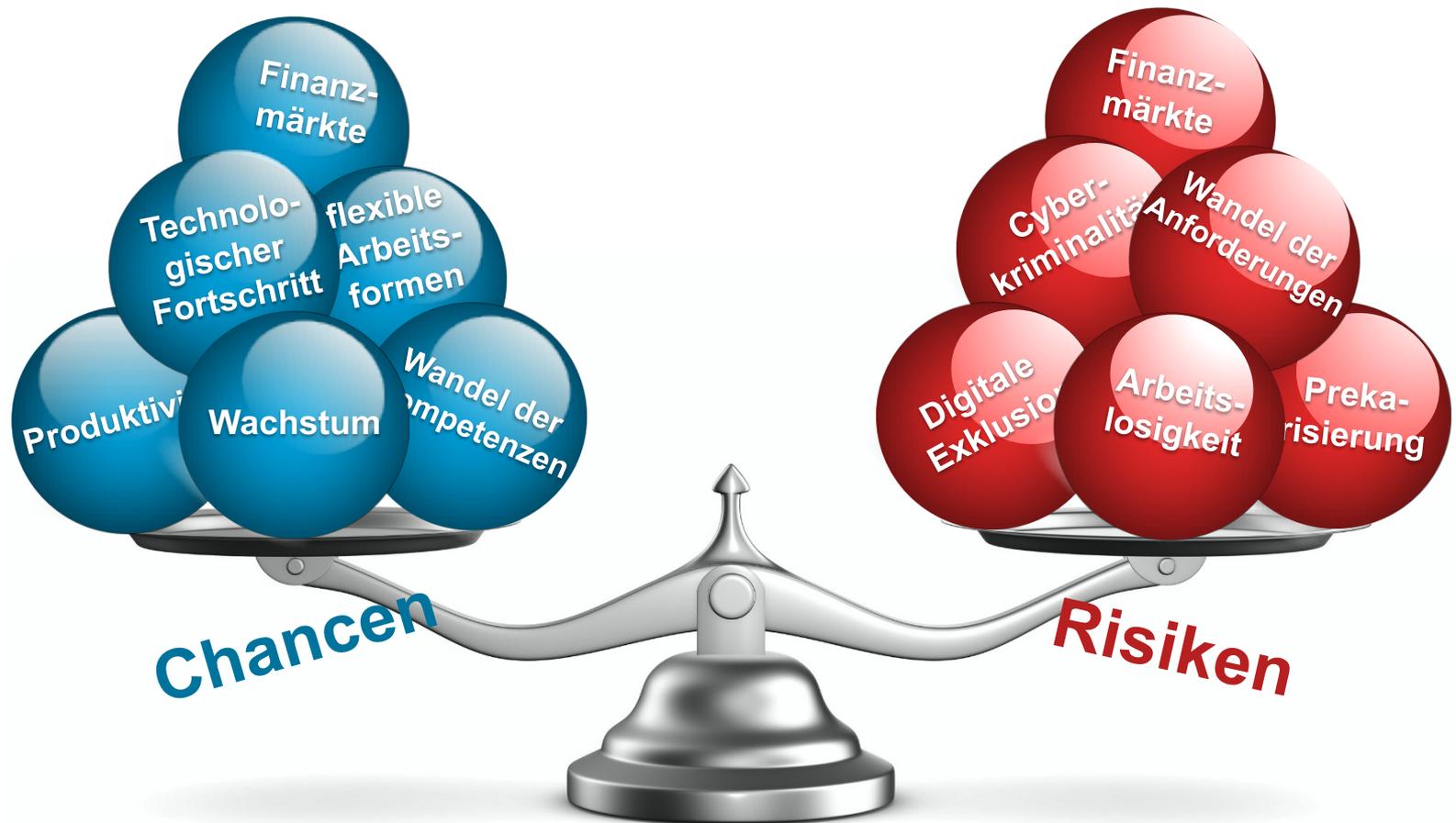
# Digitalisierung und soziale Sicherheit

Klonen, Gentechnologie, Transplantationsmedizin. Künstliche Intelligenz, Robotik. Digitalisierte Information, optimierte Menschen... *und sehr viele Unsicherheiten*



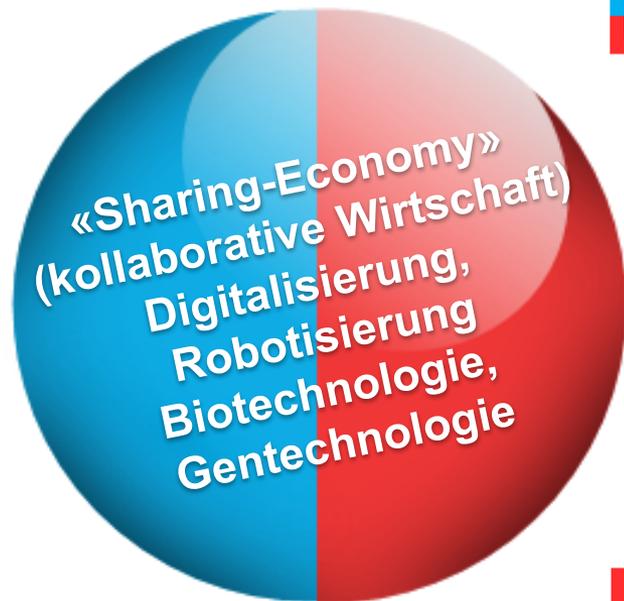


# Soziale Sicherheit und Digitalisierung Chancen und Risiken

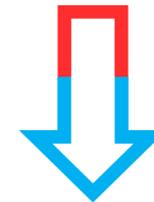




# Soziale Sicherheit und Digitalisierung Chancen und Risiken



**Arbeitsmarkt:** neue Definition der Kompetenzen, Upgrade oder tiefgreifender Strukturwandel, Unsicherheit über die Veränderungen in der Struktur der Beschäftigung und der Lohnentwicklung



**Sozialversicherungen:** Auswirkungen auf die Finanzierung, auf die Leistungen, Unsicherheit über die Konsequenzen auf die soziale Sicherheit, Kohäsion/Solidarität



# Wechselspiel Gesetzgebung und Rechtsprechung: aktuelle und zukünftige Herausforderungen

1. Nicht alles kann/muss **gesetzlich geregelt** sein  
(Trade-off und gegenseitige Ergänzung zwischen  
Rechtsprechung und Rechtsetzung)
2. Sozialversicherungsrecht ist gewissermassen ein  
**Produkt/Spiegelbild** des herrschenden Zeitgeistes
3. Das Sozialversicherungssystem muss/kann sich dem  
**wirtschaftlichen Wandel nicht verschliessen**



# Wechselspiel Gesetzgebung und Rechtsprechung: aktuelle und zukünftige Herausforderungen

4. Das Sozialversicherungsrecht, das Sozialversicherungssystem müssen sich ihrer ideen- und sozialgeschichtlichen Wurzeln und Funktionen bewusst bleiben (**Solidarität, Umverteilung**)
5. Die **Komplexität und die Herausforderungen**, welche die Digitalisierung mit sich bringt, **müssen verstanden werden**, um in der Lage zu sein, gute Rahmenbedingungen für alle Beteiligten zu schaffen



# Bis jetzt, auf Bundesebene...

1. Der Bundesrat verabschiedete im April 2016 die Strategie „Digitale Schweiz“
2. Beirat Digitale Transformation<sup>(1)</sup> (WBF und UVEK) (konstituierende Sitzung am 12.06.2017)
3. Viele parlamentarische Vorstösse: einige Beispiele:

1	Evaluer l'opportunité de taxer les robots	Mathias Reynard	17.3036
2	Une étude prospective sur l'impact de la robotisation de l'économie, sur la fiscalité et le financement des assurances sociales	Jean Christophe Schwaab	17.3045
3	Evaluer l'impact des robots sur le système des assurances sociales	Mathias Reynard	17.3037
4	Automatisation. Risques et opportunités	Mathias Reynard	15.3854
5	Imposer les robots: anticiper plutôt que subir	Lisa Mazzone	17.3151
6	Clarification du statut d'indépendant	Philippe Nantermod	17.3203
7	Economie numérique: identifier les emplois de demain et la manière de stimuler leur émergence en Suisse	Fathi Derder	17.3222

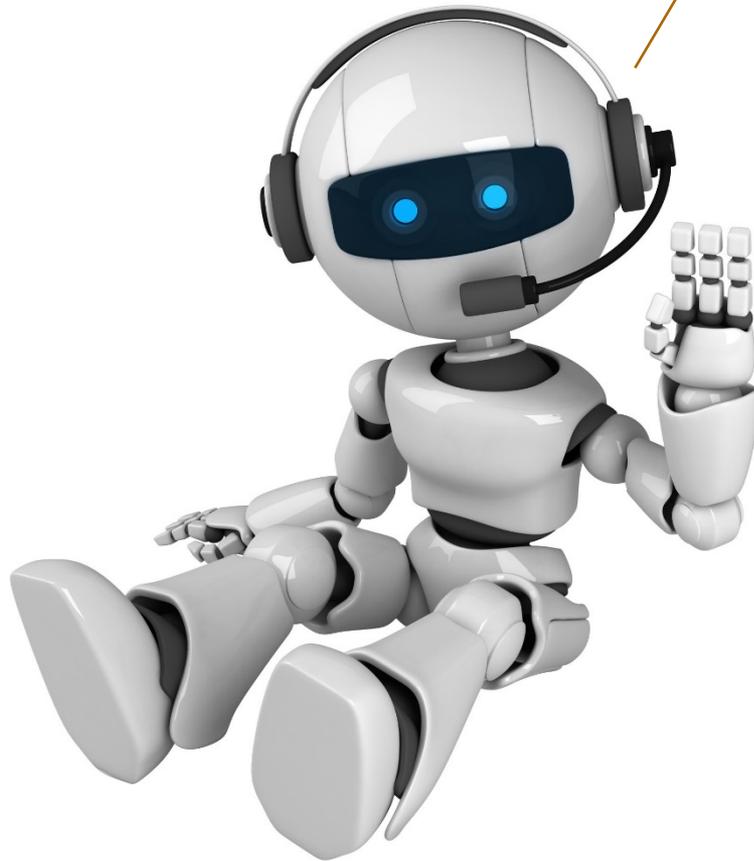
(1) <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-67022.html>



# Vorschläge für die Diskussion...

1. Was gibt es zu tun, um die Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern? **Rolle der Behörden** (Bund und Kantone), der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter, der Forschung?
2. Digitalisierung und die **Schweiz**, welche **Besonderheiten**?
3. Digitalisierung = a priori effizientere Nutzung von IKT in den Wertschöpfungsprozessen; jedoch bis jetzt **kein klarer positiver Zusammenhang zwischen IKT-Investitionen und Produktivitätsgewinnen** (Paradoxon), warum?

Quelle: [https://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/2016/PraesentationSchmidt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/2016/PraesentationSchmidt.pdf?__blob=publicationFile)



Danke für  
Ihre  
Aufmerksam  
keit